

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet  
 unter: [www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 12

vom 1. April 2010

Redaktion: Susanne Meinecke

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Starke Schule .....	3
Neue Vertrauensstelle für Opfer von Misshandlungen und sexueller Nötigung an Schulen ....	5
Die Asbestsanierung in Hamburger Schulsporthallen .....	7
„Gemeinsam lernen - mit und ohne Behinderung!“ .....	9
Bildungssenatorin zu Gast am Goethe-Gymnasium .....	11

## Kultur

Projektförderung für Privattheater .....	12
Zwei Atelierstipendien in Mümmelmansberg .....	13

## Inneres

Waffen-Amnestie .....	14
-----------------------	----

## Verkehr

Straßenverkehr 2009 .....	16
---------------------------	----

## Gesundheit

Aktuelle Daten zu Krebserkrankungen in Hamburg .....	20
Perspektiven der Pflege in Hamburg .....	22
Wegweiser für Menschen mit chronischen Krankheiten .....	25

## Soziales und Familie

Ist Hamburg Ihr „Heimathafen“? .....	26
Besserer Schutz für Opfer interkultureller Familienkonflikte .....	28

## Datenschutz

Erste gemeinsame Datenschutzbeauftragte im Hamburger Hochschulbereich berufen .....	30
---	----

## Wirtschaft und Arbeit

Einigung auf Neuorganisation der Jobcenter .....	31
--	----

General Electric (GE) siedelt neues Technologiezentrum in Hamburg an.....	33
Schulterschluss von Wirtschaft und Wissenschaft in Hamburg.....	35
<b>Justiz</b>	
Täterorientierte Prävention .....	39
<b>Gerichte</b>	
Landgericht Hamburg verurteilt Rap-Musiker „Bushido“ .....	40
Keine Vollstreckung österreichischer Geldbußen .....	42
<b>Terminkalender</b>	
Vom 5. April bis 11. April 2010 .....	44

## Pressemitteilung

# Starke Schule. Deutschlands beste Schulen, die zur Ausbildungsreife führen: Jetzt bewerben und Preise im Gesamtwert von 220.000 Euro gewinnen

- 6.500 allgemeinbildende Schulen können sich bundesweit bewerben
- Hertie-Stiftung, Bundesagentur für Arbeit, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Deutsche Bank Stiftung schreiben den Schulwettbewerb aus
- Bildungssenatorin Christa Goetsch überreicht die Landespreise

### Frankfurt am Main /Hamburg, 15. März 2010/bsb15

Ab sofort sind bundesweit 6.500 Schulen eingeladen, sich bei Deutschlands größtem Schulwettbewerb zu beteiligen. Bewerben können sich alle Hauptschulen und je nach Bundesland auch teilintegrierte und integrierte Schulformen (wie z.B. Mittelschulen, Gesamtschulen oder Regelschulen) sowie Förderschulen. Die Hertie-Stiftung, die Bundesagentur für Arbeit, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und die Deutsche Bank Stiftung schreiben den Wettbewerb alle zwei Jahre gemeinsam aus. Den drei Bundessiegern überreicht Bundespräsident Horst Köhler die Preise im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung am 11. Mai 2011. Insgesamt werden Preisgelder in Höhe von 220.000 € vergeben, darunter Einzelpreise für Schulen zwischen 2.000 € und 15.000 €. Bis zum 23. Juni 2010 können sich Schulen unter [www.StarkeSchule.ghst.de](http://www.StarkeSchule.ghst.de) online bewerben.

Ausgezeichnet werden Schulen, die systematisch und nachhaltig arbeiten, um die Kompetenzen ihrer Schülerinnen und Schüler gezielt zu fördern. Ein besonderer Schwerpunkt des Wettbewerbs liegt auf der Förderung der Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler. Ihnen einen guten Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird immer wichtiger. „Gerade Hauptschulen und andere allgemeinbildende Schulformen, die zum Hauptschulabschluss,

zur Berufsreife oder zur Berufsbildungsreife führen, leisten hier hervorragende Arbeit: Sie nehmen die individuellen Stärken ihrer Schüler in den Fokus, entwickeln neue Konzepte zur Berufsorientierung und kooperieren mit externen Partnern. ‚Starke Schule‘ möchte die Arbeit dieser Schulen auszeichnen und einen Austausch der besten Ideen anregen. Daher verbinden wir den bundesweiten Wettbewerb mit umfangreichen Netzwerkangeboten für Schulen“, so Dr. Antje Becker, Geschäftsführerin der Hertie-Stiftung, stellvertretend für die Wettbewerbspartner.

Eine unabhängige Jury mit Vertretern aus Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft vergibt zunächst bis zu drei Landespreise je Bundesland (1. Preis: 5.000 €, 2. Preis: 3.500 €, 3. Preis: 2.000 €). Die Landespreise werden durch die Kultusminister überreicht. Unter den ersten Preisträgern auf Landesebene werden anschließend die drei Bundessieger ermittelt. Bundespräsident Horst Köhler überreicht im Mai 2011 die Bundespreise, die mit 15.000 €, 10.000 € und 5000 € dotiert sind.

Alle Preisträger werden in ein Netzwerk aufgenommen, das ihnen weitere Leistungen bietet. Neben Fortbildungen gehört hierzu auch die Möglichkeit, eine finanzielle Unterstützung für innovative Schulprojekte zu erhalten.

**Pressekontakt:**

Gemeinnützige Hertie-Stiftung  
Carmen Jacobi  
Referentin Information / Kommunikation  
Tel. 069/660 756-155  
JacobiC@ghst.de

**Rückfragen:**

Johanna Götz-Weber, Pressestelle der Behörde  
für Schule und Berufsbildung, Hamburger Straße 31  
22083 Hamburg, Tel.: 040- 42863 2541  
johanna.goetze-weber@bsb.hamburg.de

1. April 2010/bsb19

## **Neue Vertrauensstelle für Opfer von Misshandlungen und sexueller Nötigung an Schulen**

### **Behörde richtet Anlaufstelle ein**

Die Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung richtet ab sofort eine Vertrauensstelle ein, an die sich Opfer von Misshandlung und sexueller Nötigung wenden können. Schülerinnen und Schüler an Hamburger Schulen sowie deren Erziehungsberechtigte und Ehemalige können hier Hilfe und Rat an einer Stelle finden, die auf Wunsch absolute Vertraulichkeit wahrt. „Wir müssen alles tun, um die Opfer von Missbrauch und Gewalt dabei zu unterstützen, zu ihrem Recht zu kommen. Deshalb haben wir diese Vertrauensstelle eingerichtet“, sagt Bildungssenatorin Christa Goetsch.

Erstes Ziel der Vertrauensstelle ist es, den Betroffenen Gehör zu geben. Die Erfahrungen zeigen, dass Opfer solcher Übergriffe wegen der Abhängigkeit von der Schule, vor allem aber wegen der tiefen Scham, die sie empfinden, oft erst nach langer Zeit Hilfe und Beratung suchen. Die Vertrauensstelle soll diesen Schritt erleichtern.

Nur wenn die Betroffenen ausdrücklich zustimmen, werden Disziplinar- oder Strafverfahren eingeleitet. Denn die Vorstellung, im Fall einer Offenbarung als Zeuge oder Zeugin auftreten zu müssen, kann Betroffene daran hindern, Hilfe zu suchen.

Die bestehenden Rechtsgrundlagen sind umfassend und eindeutig: Lehrkräfte, die die professionelle Distanz zu ihren Schülerinnen und Schülern nicht wahren können, dürfen nicht weiter im Unterricht eingesetzt werden und werden aus dem Unterricht entfernt. Allerdings können solche Maßnahmen durch die staatliche Schulaufsicht nur dann ergriffen werden, wenn die Fälle tatsächlich auch bekannt werden.

Selbstverständlich vermittelt die Vertrauensstelle auch den Kontakt zu den bestehenden speziellen Beratungseinrichtungen zum sexuellen Missbrauch, den [Erziehungs- und](#)

[Familienberatungsstellen](#) oder den [Allgemeinen Sozialen Diensten](#) der Bezirksämter, um unabhängig von der rechtlichen Aufarbeitung jede nur mögliche Unterstützung anbieten zu können.

**Die Vertrauensstelle erreichen Sie unter:**

**Behörde für Schule und Berufsbildung**

**Vertrauensstelle**

**Andreas Gleim**

**Hamburger Straße 31**

**22083 Hamburg**

**T: (040) 428 63 - 2785**

**E: [vertrauensstelle@bsb.hamburg.de](mailto:vertrauensstelle@bsb.hamburg.de)**

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung

040.42863.2003

0172.4247071

[brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de](mailto:brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de)

17.3.2010/bsb17

## **Die Asbestsanierung in Hamburger Sporthallen ist abgeschlossen**

### **Keine Gesundheitsgefährdung durch Asbest in der Atemluft!**

Das nach einem Asbestfund in der Heizungsanlage einer Sporthalle im September 2009 begonnene große Untersuchungs-, Bewertungs- und Sanierungsprogramm ist seit dem Jahresbeginn 2010 vorläufig abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt konnten die letzten noch gesperrten bzw. noch ungeheizten Sporthallen wieder in Betrieb genommen werden. Im Rahmen der aufwändigen Untersuchungen hat sich die Befürchtung, dass möglicherweise Schüler und Sportler in den Hallen gesundheitsgefährdendem Asbest in der Atemluft ausgesetzt waren, **nicht** bestätigt. In keiner der Raumluftmessungen, die an 51 Standorten jeweils vor und nach der Sanierung der belasteten Anlagen durchgeführt wurden, wurden mehr als 500 Fasern pro Kubikmeter festgestellt. Damit wurde der für die Freigabe von Räumen notwendige Messwert in allen Fällen unterschritten. Auch in den Staubablagerungen der Sporthallen wurde auf Asbest gemessen und es wurden keine nennenswerten Fasergehalte festgestellt.

Alle Sporthallen sind von Experten nach einem vom Prinzip der Vorsorge getragenen und durch Gesetze und Regelungen festgelegten Verfahren untersucht und bewertet worden. Sie sind nur unter der Voraussetzung für die Nutzung freigegeben worden, dass nach besten Wissen und Gewissen eine Gesundheitsgefährdung durch Asbest in der Atemluft ausgeschlossen werden konnte.

Das Untersuchungs- und Bewertungsprogramm war gemeinsam von der Behörde für Schule und Berufsbildung, der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie der Unfallkasse Nord erarbeitet und begleitet worden. 8 Gutachterbüros mit rund 20 Gutachtern waren im Einsatz.

Im Verlauf der Untersuchungen wurden in 116 Heizungsanlagen von Sporthallen Asbest gefunden. Dieses wurde entsprechend der geltenden Vorschriften in Kategorie I (Sofortigen Sanierung), Kategorie II (keine unmittelbare Gefährdung , Neubewertung nach zwei Jahren

vorgeschrieben) und Kategorie III (keine unmittelbare Gefährdung, Neubewertung nach 5 Jahren vorgeschrieben) eingeteilt. Die Sanierung der Kategorie I Anlagen ist inzwischen abgeschlossen. Die Anlagen der Kategorien II und II werden in der vorgeschriebenen Weise überprüft.

**Rückfragen:**

Brigitte Köhnlein  
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung  
040.42863.2003  
0172.4247071  
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de



24.03.2010/bsba24

## **„Gemeinsam lernen - mit und ohne Behinderung!“**

### **Jakob Muth-Preis für inklusive Schule**

#### **Bildungssenatorin Goetsch und Senatskordinatorin Blumenthal rufen Hamburger Schulen zur Teilnahme auf**

Gemeinsam lernen - mit und ohne Behinderung! Unter diesem Motto zeichnet der "Jakob Muth-Preis für inklusive Schule" im Jahr 2010 wieder bundesweit Schulen aus, die behinderte und nicht behinderte Kinder vorbildlich zusammen unterrichten. Projektträger sind der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, die Bertelsmann Stiftung und die Deutsche UNESCO-Kommission.

Bildungssenatorin Goetsch möchte alle Hamburger Schulen ermuntern, an dem Wettbewerb teilzunehmen. „Hamburg geht in der Frage der Inklusion weiter voran. Ab Sommer diesen Jahres können Eltern ihre Kinder mit Behinderungen an einer Regelschule anmelden. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Rechte von Menschen mit Behinderung zu wahren“.

Antje Blumenthal, Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen: „Mit der Verleihung des Jakob Muth-Preises wird das Engagement der Schulen gewürdigt, die behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichten. Dies ist genau das Ziel, dass wir mit der Umsetzung der seit 2009 geltenden UN-Behindertenrechtskonvention verfolgen.“ Die Senatskordinatorin unterstreicht weiter, dass gleich zwei Artikel der UN-Behindertenrechtskonvention mit diesem Preis gewürdigt werden: zum einen der Artikel 24 der Gewährleistung eines integrativen Bildungssystems und zum anderen der Artikel 8 zur Bewusstseinsbildung über die Fähigkeiten und den Beitrag der Menschen mit Behinderungen.

Bewerben kann sich bis zum 14. Mai 2010 jede Schule, die den Weg zur inklusiven Schule beschreitet - unabhängig von Schulform oder Trägerschaft. Die drei ersten Preise sind mit je 3.000 Euro dotiert und werden im November 2010 verliehen. Mit dem Preis soll die Praxis von Schulen bekannter gemacht werden, die eine bessere Teilhabe ermöglichen –

unabhängig von Herkunft, Beeinträchtigung oder sonstiger Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler, die sie besuchen.

Der Namensgeber Jakob Muth (1927-93) hatte sich als Bochumer Professor schon früh für eine gemeinsame Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder eingesetzt.

**Ansprechpartner:**

Frauke Prenzler

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Senatskoordinatorin zur Gleichstellung behinderter Menschen,

Tel.: 040-42863-5730, frauke.prenzler@bsg.hamburg.de

Rückfragen:

Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

Brigitte Köhnlein

040 428 63-2003

Brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

1. April 2010/bsb25

## **Bildungssenatorin zu Gast am Goethe-Gymnasium**

### **Christa Goetsch beeindruckt von eingerichteten Lehrerarbeitsplätzen**

Zu einer modernen Ganztagschule gehören auch die passenden Strukturen. Aus diesem Grund hat das Goethe-Gymnasium neben der Einrichtung einer Mensa und entsprechender Kurse auch für die Lehrkräfte eine angemessene Arbeitsumgebung geschaffen. Unter dem Motto „Nie mehr allein zu Haus – ein Arbeitsplatz für jede Lehrkraft in der Schule“ wurden so in den vergangenen zwei Jahren nach und nach 60 Lehrerarbeitsplätze in 3er bis 5er Büros eingerichtet. Alle Arbeitsplätze sind EDV-seitig vernetzt, so dass schulische oder eigene Computer bzw. Notebooks angeschlossen werden können. Das Lehrerzimmer wurde zu einer Lounge umgestaltet, in der man sich in entspannter Atmosphäre austauschen kann. Der Umgestaltungsprozess wurde von Prof. Uwe Schaarschmidt wissenschaftlich begleitet und durch eine Abschlussuntersuchung evaluiert. Der frühere Professor für Persönlichkeits- und Differentielle Psychologie an der Universität Potsdam und Leiter der bundesweit anerkannten Potsdamer Studie zur Lehrerbeltung (2006) präsentierte der Senatorin und den anwesenden Journalisten die Ergebnisse seiner Studie zur Lehrgesundheit und -zufriedenheit am Goethe-Gymnasium.

Das Gymnasium liegt in Hamburg-Lurup, in unmittelbarer Nähe zur Arena (Volkspark). Etwa 770 Schülerinnen und Schüler besuchen die Schule. Das Gymnasium pflegt ein bundesweit einmaliges Modell als gebundenes Ganztagschulkonzept, welches die Anwesenheit der Schülerinnen und Schüler je nach Teilnahme an den zusätzlichen Kursen und Projekten ganztags ermöglicht, deren zeitliche Lage aber flexibel gestaltet werden kann. Damit sich auch die Lehrer ganztägig in der Schule aufhalten und um den Teamgeist innerhalb des Kollegiums zu verbessern, hat das Goethe-Gymnasium für jede Lehrkraft einen individuellen Arbeitsplatz eingerichtet. Sie finden sich in Sammlungsräumen, im Serverraum und im Verwaltungstrakt.

Rückfragen bitte an:

Melanie Nickel

stellv. Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 428 63 - 2545

F: (040) 427 9 66 148

E: melanie.nickel@bsb.hamburg.de

24. März 2010/bksm24

## Projektförderung für Privattheater

### Behörde für Kultur, Sport und Medien vergibt 224.000 Euro

Die Entscheidung über die Projektförderung der Privattheater für die Spielzeit 2010/2011 ist gefallen. Auch in diesem Jahr vergibt die Behörde für Kultur, Sport und Medien insgesamt 224.000 Euro für Projekte an den Hamburger Privattheatern. Die dreiköpfige Jury, der Elisabeth Burchardt (NDR 90,3), Michael Conrad (Kulturring der Jugend) und Florian Vogel (Deutsches Schauspielhaus) angehörten, hat insgesamt 12 Projekte ausgewählt.

Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck: „Hamburg ist stolz auf seine Privattheaterszene, die konzeptionell und in der Umsetzung höchst professionell in allen Sparten arbeitet. Ihr Theaterangebot in Hamburg zeichnet sich durch eine besondere Vielfalt und Qualität aus und nimmt im Vergleich zu anderen deutschen Städten einen Spitzenplatz ein. Ich freue mich auf die vielen unterschiedlichen Produktionen, die mit den Fördermitteln realisiert werden können und den Häusern ermöglichen, ihr künstlerisches Potential zu zeigen und zu erweitern.“

Folgende Projekte werden in der Spielzeit 2010/2011 gefördert:

- “Medea” Opernloft
- “Die Zitronenjette” Engelsaal
- “Atmen” monsun theater
- “Herren” Komödie extra
- “Augusta” Komödie extra
- “Bond Girls” Lichthof Theater
- “Das Helmi & King Lear” Fleetstreet
- “Muschelessen” Theater NN
- “What’s this business with Africa” Lichthof Theater
- Projektarbeit polittbüro
- Regiearbeit im English Theatre
- “Down & Out” Rover Rep Theatre

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen, Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien  
040 – 428 24 293, [Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de](mailto:Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de)

26. März 2010/bksm26b

## **Zwei Atelierstipendien in Mümmelmansberg Hamburger Künstler können sich ab sofort bewerben**

Die Behörde für Kultur, Sport und Medien und die Behörde für Schule und Berufsbildung schreiben zusammen mit der Gesamtschule Mümmelmansberg zum sechsten Mal zwei Atelierstipendien aus. Bewerben können sich professionell arbeitende bildende Künstlerinnen und Künstler mit Wohnsitz in Hamburg, die sich nicht mehr in der Ausbildung befinden und im Stipendienatelier regelmäßig arbeiten werden. Die 70 qm großen Arbeitsräume befinden sich im Schul- und Bildungszentrum Mümmelmansberg. Die Stipendiaten sollen bereit sein, nach Absprache Schülergruppen und Lehrkräften Einblick in ihre künstlerischen Arbeitsweisen zu geben und z.B. Ausstellungen zu organisieren oder Projekte zu begleiten.

Die Stipendien beginnen zeitversetzt am 1. Juni bzw. am 1. August 2010 und haben eine Laufzeit von jeweils zwei Jahren. Jeder Stipendiat erhält von der Schulbehörde einen monatlichen Materialkostenzuschuss von 250 Euro und zum Abschluss des Stipendiums von der Kulturbehörde einen Katalogzuschuss von 2.500 Euro. Die Auswahl der Stipendiaten erfolgt über eine Jury und wird von der Behörde für Kultur, Sport und Medien koordiniert.

**Die Bewerbungen müssen bis um 26. April 2010 bei der Behörde für Kultur, Sport und Medien eingegangen sein. Die Ausschreibungsunterlagen sind im Internet über die Homepage der Behörde für Kultur, Sport und Medien als Download abrufbar unter <http://www.hamburg.de/stipendien/2185600/atelier-stipendium.html>.**

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen  
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien  
040 – 428 24 293  
[ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de](mailto:ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de)

12. März 2010 / bfi12

## **Waffen-Amnestie war in Hamburg ein voller Erfolg: Sicherheit in der Stadt weiter verbessert**

### **5.021 Waffen und tonnenweise Munition abgegeben**

Im Zuge der Waffenamnestie sind bis zum 31. Dezember 2009 insgesamt 4.615 legale und illegale Schuss-, Hieb- und Stichwaffen sowie mehrere Tonnen Munition bei der Hamburger Polizei abgegeben worden. Hinzu kamen 406 Waffen und 731 Kilogramm Munition, die bei zehn zur anonymen Annahme berechtigten Hamburger Waffenhändlern abgeliefert wurden. In der Summe waren das 5.021 Waffen. Nach dem neuen Waffengesetz des Bundes gehen Besitzer illegaler Waffen straffrei aus, sofern sie ihre Waffen zwischen Ende Juli und dem 31.12.2009 freiwillig abgegeben hatten und mit den Waffen keine Straftat verübt wurde.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Hamburg hat mit dieser erfolgreichen Aktion die gute Arbeit der letzten Jahre im Waffenrecht überzeugend fortgesetzt und die Zahl der illegalen Schusswaffen deutlich reduziert. Dass auch eine hohe Anzahl von legalen Waffenbesitzern ihre Schusswaffen abgegeben haben, verdient Anerkennung. Es zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der legalen Waffenbesitzer sich ihrer Verantwortung bewusst ist. Mein ausdrücklicher Dank gilt auch den Medien, die insbesondere im Dezember 2009 durch zahlreiche Veröffentlichungen und Beiträge die Bürgerinnen und Bürger auf die Amnestie aufmerksam gemacht haben.“

Die Anzahl der in Hamburg abgegebenen Waffen ist im bundesweiten Vergleich ein beachtlicher Erfolg. Auch wenn die Zahlen aus den anderen Ländern noch nicht vollständig ausgewertet sind, zeigt sich doch, dass Hamburg sowohl bei den absoluten Zahlen als auch im Verhältnis der abgegebenen Waffen zur Anzahl der Einwohner einen der vordersten Plätze einnimmt.

Die Waffendienststelle Hamburg hatte bereits im Verlauf der letzten drei Jahre alle Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse angeschrieben und die ordnungsgemäße Aufbewahrung überprüft. Anlässlich dieser Überprüfung hatten Waffenbesitzer, welche die Kosten für die

Anschaffung des vorgeschriebenen Sicherheitstresors nicht tragen wollten, bereits rund 4.500 legale Waffen und erhebliche Mengen Munition abgegeben.

Insgesamt konnten somit seit 2007 fast 10.000 legale und illegale Waffen aus dem Verkehr gezogen werden. Sämtliche eingesammelte Waffen werden, nachdem sie kriminaltechnisch untersucht worden sind, vernichtet.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Die Hamburger Erfolge auf dem Gebiet des Waffenrechts in den letzten Jahren, wie etwa der Aufbau des modernen zentralen Waffenregisters WANDA, zeigen deutlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir werden uns deshalb in den nächsten zweieinhalb Jahren weiterhin verstärkt dafür einsetzen, dass das Nationale Waffenregister, in dem alle legalen Schusswaffen Deutschlands erfasst werden sollen, rechtzeitig zum 31.12.2012 einsatzbereit ist.“

**Für Rückfragen:**

**Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Thomas Butter und Frank Reschreiter, Tel. 0 40 – 42839-2670 u. -2673,

E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde/](http://www.hamburg.de/innenbehoerde/)

25. März 2010 / bfi25

## **Straßenverkehr 2009: Zahl der Verunglückten auf historischem Tiefstand**

**Rund zwei Prozent weniger Unfälle in Hamburg als 2008 / Innensenator Christoph Ahlhaus hebt erfolgreiche Verkehrssicherheitsarbeit hervor**

Die Zahl der Verkehrsunfälle ist in Hamburg im vergangenen Jahr gesunken und lag mit 63.563 um 1,9% unter den Ergebnissen des Jahres 2008.

Wesentlich deutlicher noch fiel der Rückgang bei der Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr aus. Diese sank um 7,5% auf 10.074 und markiert damit den niedrigsten Stand von Verunglückten seit dem Beginn der polizeilichen Unfallstatistik im Jahr 1953.

Auch die Zahl von 33 Verkehrstoten (Vorjahr 40) bedeutet einen deutlichen Rückgang, der vor allem darauf zurückzuführen ist, dass weniger Motorradfahrer (5 gegenüber 11 im Vorjahr) und Fahrradfahrer (6 gegenüber 9 im Vorjahr) tödlich verunglückten.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Die Unfallentwicklung des vergangenen Jahres zeigt, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Natürlich ist trotzdem jeder Unfall einer zu viel. Mit diesen Zahlen konnten wir aber die auf vielen Feldern negative Entwicklung des Jahres 2008 umkehren. Besonders freut mich die Tatsache, dass wir bei der Zahl der Verunglückten einen historischen Tiefstand erreicht haben.“

Ich danke in diesem Zusammenhang allen Mitarbeitern von Polizei und Innenbehörde für ihre erfolgreiche Arbeit und die gute Zusammenarbeit mit zahlreichen anderen Organisationen.“

### **Die Unfallstatistik nach Altersgruppen: Kinder, Junge Erwachsene und Senioren**

Nach kontinuierlichen Rückgängen in den Vorjahren (im Vergleich zu 2002 gab es ein Minus von 28%) ist die Zahl der verunglückten Kinder (0-14 Jahre) im vergangenen Jahr erstmals leicht um 0,9 Prozent von 792 auf 799 gestiegen. Dies betrifft auch die Zahl der Unfälle, an denen Kinder beteiligt waren, die mit 696 ebenfalls um 3 % über der des Vorjahres (676) lag.

Bei den **Jungen Erwachsenen im Alter von 18-24 Jahren** gab es mit 1.446 Verunglückten und -11,1% den deutlichsten Rückgang bei den Verunglückten gegenüber 2008 (1.628).



Dies, obwohl die Zahl der registrierten Verkehrsunfälle mit 11.120 über der des Jahres 2008 (10.851) lag.

Auch wenn eine verlässliche Analyse kaum möglich ist, führt die Polizei diese Entwicklung wesentlich darauf zurück, dass sich im Zuge der Abwrackprämie für Altfahrzeuge auch der Fahrzeugbestand bei den jungen Fahranfängern zugunsten von mehr Sicherheitstechnik wie Airbag, ABS und ESP im Auto verändert hat.

Eine erfreuliche Entwicklung gab es auch bei der Zahl der verunglückten **Senioren ab 65 Jahren**. Diese Zahl sank von 992 im Vorjahr auf 930 im Jahr 2009.

Ungebrochen ist dagegen der Trend insgesamt steigender Unfallzahlen in dieser Altersgruppe. 9.621 Unfälle von Senioren wurden im vergangenen Jahr von der Polizei registriert, im Jahr 2008 waren es 9.397. Allerdings fiel die Steigerung mit 2,4 % deutlich geringer aus als in den beiden Vorjahren, wo es Steigerungen von 7,1 % (von 2007 auf 2008) bzw. 14,9 % (von 2006 auf 2007) gegeben hatte.

### **Weniger Radfahrer in Unfälle verwickelt, Zahl der getöteten Motorradfahrer halbiert**

Obwohl im vergangenen Jahr mehr Radverkehr in Hamburg zu verzeichnen war, sank die Zahl der polizeilich registrierten **Radfahrunfälle** um 3,5 % auf 3.208 (Vorjahr 3.320). Deutlicher noch fiel der Rückgang bei den verunglückten Radfahrern aus, deren Zahl mit 2.287 um 8,5% unter der von 2008 (2.498) lag. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass damit fast jeder vierte Verunglückte (22,7 %) im Straßenverkehr mit dem Rad unterwegs war. Deshalb wird auch die Fahrradstaffel der Polizei weiter verstärkte Präsenz zeigen.

Ein besonderer Schwerpunkt der polizeilichen Überwachung und der Informations- und Beratungsangebote hatte 2009 bei den **Motorradfahrern** gelegen. Das Signal „Runter vom Gas“ einer bundesweiten Aktion wurde hier offenbar gehört. Mit 389 Betroffenen gab es 23,1% weniger verunglückte „Biker“ auf Hamburgs Straßen als im Jahr 2008 (506). Die Zahl der getöteten Motorradfahrer ging von 11 auf 5 zurück. Auch die Zahl der Unfälle sank leicht von 758 auf 743.

### **Hauptunfallursachen: Weniger Rotlichtfahrten, Raserei bleibt ein Problem**

Der Schwerpunkt der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit lag auch im Jahr 2009 deutlich bei der Bekämpfung der Hauptursachen von Unfällen mit Personenschäden. Hier sind überwiegend Rückgänge festzustellen. Im Einzelnen: Abbiegen, Wenden und Rückwärtsfahren sind als großstadttypische Ursachen am häufigsten festgestellt worden.

Deutliche Rückgänge sind bei den Ursachen Abstand, Missachtung der Vorfahrt und des Rotlichts zu verzeichnen. Einzig die Hauptunfallursache Geschwindigkeit ist im Vorjahr leicht angestiegen. Der Kampf gegen unbelehrbare Raser wird in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit deshalb auch 2010 ein Schwerpunkt sein.

### **Weniger Unfälle durch Alkohol und Drogen am Steuer**

Die Zahl der Unfälle, bei denen der Fahrer unter Alkoholeinfluss am Steuer saß, ist im vergangenen Jahr um 146 (-14,2%) auf 879 gesunken. Auch die Zahl der Verunglückten sank, und zwar um 14,7% auf 394. Dennoch: 44,8 % aller Alkoholunfälle führten zu Verletzungen.

Noch stärkere Folgen wurden bei Fahrten nach dem Konsum von Drogen registriert. Hier gab es 2009 insgesamt 94 (2008: 119) Unfälle mit 64 Verunglückten. Somit kamen bei 69% aller Drogenunfälle auch Menschen zu Schaden.

### **Innensenator Christoph Ahlhaus fasst die Unfallentwicklung wie folgt zusammen:**

„Die erfreulichen Rückgänge in der Unfallstatistik wurden sicherlich auch durch die ansonsten negative wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst. Wir müssen davon ausgehen, dass es weniger Wirtschaftsverkehr und auch schmalere Budgets bei den Autofahrern gegeben hat. Auch die Abwrackprämie zeigt offenbar positive Wirkungen, insbesondere auf die Schwere von Verkehrsunfällen.

Ich bin jedoch davon überzeugt, dass unsere konsequente Verkehrsüberwachung und der Ausbau der Präventionsarbeit deutlich positiven Einfluss auf das Unfallgeschehen gezeigt haben. Mit unserer Schwerpunktsetzung bei den Motorradfahrern haben wir bewiesen, dass wir mit der Unfallanalyse und unserer Maßnahmenplanung dicht am Geschehen sind.

Mit neuen Angeboten auf Basis des 2008 gegründeten Forums Verkehrssicherheit, dem mittlerweile über 25 Organisationen angehören, ([www.hamburg.de/verkehrssicherheit](http://www.hamburg.de/verkehrssicherheit)) haben wir eine breite Allianz für mehr Sicherheit auf unseren Straßen aufgebaut und sind mit den Themen auf der Höhe der Zeit.“

Ahlhaus verweist dabei insbesondere auf das neue Angebot „Einfach mobil bleiben“ für ältere Verkehrsteilnehmer, das am 19. März bei einer Veranstaltung in der Handelskammer gestartet wurde. Insgesamt elf Beratungs- und Schulungsangebote werden durch die Partner des Forums durchgeführt.

Die Bedeutung dieser Kooperation wurde aktuell auch dadurch untermauert, dass die Behörde für Inneres im Namen des Forums seit dem 2. März 2010 zu den Unterzeichnern der Europäischen Charta für Verkehrssicherheit gehört.

**Dazu Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Wir unterstreichen damit unsere Überzeugung, dass wir mit den Anstrengungen zur Senkung der Unfallzahlen nicht nachlassen dürfen. Entscheidend ist jedoch, dass unsere Botschaften auch in den Köpfen der Verkehrsteilnehmer ankommen.“

Ich wiederhole damit unsere Bitte an alle Hamburgerinnen und Hamburger: Schützen Sie sich und andere, nehmen Sie Rücksicht, vor allem auf schwächere Verkehrsteilnehmer. Verlassen Sie sich bitte auch nicht allein auf die immer besser werdende Fahrzeugtechnik.“

**Die gesamte Verkehrsunfallstatistik sowie umfangreiche Informationen über die Verkehrsprävention finden Sie unter [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde) im Internet.**

**Für Rückfragen:**

**Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Thomas Butter und Frank Reschreiter, Tel. 0 40 – 42839-2670 u. -2673,

E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde/](http://www.hamburg.de/innenbehoerde/)

11. März 2010/bsg11

## **Aktuelle Daten zu Krebserkrankungen in Hamburg ab sofort verfügbar**

### **Neue Dokumentation des „Hamburgischen Krebsregisters“**

Das Hamburgische Krebsregister hat eine neue Dokumentation mit Daten zu den wichtigsten Krebsneuerkrankungen und -sterbefällen in der Hamburger Bevölkerung herausgegeben. Erstmals werden in der „Hamburger Krebsdokumentation 2005 - 2006“ auch Analysen zum Langzeitüberleben von Krebspatienten dargestellt. „Das Hamburgische Krebsregister gehört in Deutschland zu den führenden bevölkerungsbezogenen Registern. Es verfügt über einen Datenbestand, der weit in die 1990er Jahre zurückreicht und somit Zeittrends darstellen kann“, so Gesundheitssenator Dietrich Wersich. „Damit unterstützt es die medizinische Qualitätssicherung durch seine Auswertungen zum Langzeitüberleben und beteiligt sich an verschiedenen wissenschaftlichen Projekten zum besseren Verständnis von Krebserkrankungen.“

Die Hamburger Daten sind auch in den Krebs-Atlas der Gesellschaft der epidemiologischen Krebsregister in Deutschland (GEKID) eingeflossen. Diese länderübergreifende Datenpräsentation ist im Internet unter [www.gekid.de](http://www.gekid.de) zugänglich. Durch die Darstellung auf einer Deutschlandkarte werden die gemeldeten Krebsfälle anschaulich dargestellt. Im dem Atlas präsentiert die GEKID für „Krebs insgesamt“ und für 23 einzelne Tumorarten bzw. Tumorgruppen aggregierte Daten zu Krebsneuerkrankungen. Diese Informationen sind sowohl für einzelne Bundesländer als auch im zeitlichen Trend darstellbar. Ergänzend werden für den gleichen Zeitraum in dem Atlas auch Daten zur Krebssterblichkeit präsentiert.

Die neue „Hamburger Krebsdokumentation 2005 - 2006“ ist zu beziehen über die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (Hamburgisches Krebsregister), Billstraße 80, 20539 Hamburg, Tel. 428 37-2211, und steht im Internet unter [www.hamburg.de/krebsregister](http://www.hamburg.de/krebsregister) zum Download zur Verfügung.

**Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt

Tel.: 42863-34 78, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg)

19. März 2010/bsg19

## Perspektiven der Pflege in Hamburg

### Sozialbehörde stellt Entwurf für Hamburger Rahmenplanung bis zum Jahr 2015 vor

Unter dem Titel „Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015“ hat die Sozialbehörde einen Entwurf erarbeitet, der heute dem Landespflegeausschuss zur Beratung übersandt und unter [www.hamburg.de/pflege](http://www.hamburg.de/pflege) (Rubrik: Fachinformationen) im Internet nachzulesen ist. In dem Entwurf werden die aktuellen Angebote im Bereich der pflegerischen Versorgung analysiert und zukünftige Bedarfe beschrieben. Gleichzeitig werden die Prognosen aus dem bis 2010 gültigen Rahmenplan (verabschiedet 2005) mit der tatsächlichen Entwicklung abgeglichen. Außerdem setzt sich die Sozialbehörde für einen Ausbau der entlastenden Angebote in der häuslichen und für neue Konzepte in der stationären Pflege ein.

„Die Rahmenplanung zeigt, dass Hamburg insgesamt über ein sehr gutes Pflegeangebot verfügt“, so **Sozialsenator Dietrich Wersich**. So gibt es heute in der Stadt rund 360 ambulante Pflegedienste, die neben den Angehörigen knapp 29.600 Menschen unterstützen, die zu Hause gepflegt werden. Die Kapazitäten in den Heimen sind in den letzten Jahren stärker ausgebaut worden, als die Nachfrage gewachsen ist, so dass hier für die aktuell rund 15.400 Heimbewohner heute größere Auswahlmöglichkeiten bestehen als noch vor fünf Jahren. Außerdem verzeichnen die Angebote der Tagespflege eine wachsende Nachfrage, seitdem 2008 die Leistungen der Pflegeversicherung in diesem Bereich verbessert worden sind.

Besonders bemerkenswert ist der starke Anstieg der Pflegefachkräfte in Hamburg. Wertet man die Statistiken von 2003 und 2007 aus (neuere liegen noch nicht vor), stellt man fest, dass in der ambulanten Pflege in diesem Zeitraum die Zahl der Gepflegten um 4 Prozent gestiegen ist, die der Pflegefachkräfte – Krankenschwestern, Krankenpfleger und Altenpflegerinnen und -pfleger – aber im gleichen Zeitraum um 34 Prozent auf etwa 4.500. In der stationären Pflege stieg die Zahl der Pflegebedürftigen um 6 Prozent, die Zahl der

Fachkräfte aber um 14 Prozent auf rund 4.000. Insgesamt waren 2007 in ambulanten Diensten und Heimen knapp 19.600 Menschen beschäftigt.

Weniger stark gestiegen als gedacht sind dagegen die Zahlen der Pflegebedürftigen in Hamburg seit 2005: In der jetzt auslaufenden Planung war für das Jahr 2010 von 45.000 Pflegebedürftigen ausgegangen worden, davon 31.000, die zu Hause gepflegt werden. Der aktuelle Entwurf geht dagegen von nur rund 43.700 Pflegebedürftigen aus, davon etwa 29.600 in häuslicher Pflege. „Der niedrigere Anstieg der Pflegebedürftigkeit ist vielleicht ein erfreulicher Hinweis darauf, dass die steigende Lebenserwartung doch mehr gesunde Jahre und nicht nur längere Pflegebedürftigkeit bedeutet“, so Senator Wersich.

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird indes weiter steigen: Im neuen Entwurf wird eine Zunahme bis 2015 auf voraussichtlich 46.300 pflegebedürftige Menschen erwartet – ein Anstieg um etwa 6 Prozent gegenüber 2010. Um die Versorgung für diese Menschen zu gewährleisten, werden bis 2015 rund 500 neue Arbeitsplätze für Pflegefachkräfte entstehen. Hier setzt das zwischen den Pflegeverbänden, der Arbeitsagentur und der Sozial- sowie Wirtschafts- und Bildungsbehörde in 2009 geschlossene „Bündnis für Altenpflege“ an, das die Zahl der Ausbildungsplätze im Bereich der ambulanten und stationären Pflege stark ausbaut und Umschulungen sowie Weiterqualifikation gezielt fördert.

Mit der Rahmenplanung will die Behörde aber nicht nur auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren: Sie gibt wesentliche Impulse für die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur. So werden Angebote, bei denen freiwillige Helfer pflegebedürftige Menschen besuchen und begleiten, in Zukunft verstärkt werden. Ausgebaut werden auch Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige als Alternative zum Leben im Heim. Den Trägern von Pflegeeinrichtungen wird geraten, mehr Betreuungskonzepte auf Wohngemeinschaftsmodelle umzustellen. „Dies entspricht dem Wunsch vieler älterer Menschen, die auf Pflege angewiesen sind. So kann die Pflege- und Lebensqualität für sie deutlich erhöht werden“, so Senator Wersich.

Der Entwurf der Rahmenplanung wird am 31. März erstmals im Landespflegeausschuss beraten. Nach Abschluss der Beratungen wird die Sozialbehörde die Endfassung der Rahmenplanung veröffentlichen.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Julia Seifert  
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsq.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsq.hamburg.de)  
Internet: [www.hamburg.de/bsq/](http://www.hamburg.de/bsq/)

Im Landespflegeausschuss arbeiten zahlreiche an der pflegerischen Versorgung beteiligten Organisationen sowie Betroffenenvertretungen zusammen. In diesem Gremium, das auf Grundlage des § 92 SGB XI gebildet wird, sind die Pflegekassen, die Leistungsanbieter der Pflege, die Seniorenvertretung und die Sozialbehörde vertreten. Der Landespflegeausschuss kann Empfehlungen zum Aufbau und zur Weiterentwicklung eines regional und fachlich gegliederten Versorgungssystems in der Pflege abgeben. Im Landespflegeausschuss werden auch Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung vorbereitet und koordiniert.

Eine „Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur“ wird gemäß § 2 Landespflegegesetz regelmäßig fortgeschrieben. Die Behörde legt den jetzigen Planentwurf rechtzeitig vor Ablauf der vorhergehenden Planung vor, die bis 2010 reicht.



24. März 2010/bsg24

## **Wegweiser für Menschen mit chronischen Krankheiten**

### **Neue Broschüre der BSG ab sofort verfügbar**

Niemand möchte krank werden. Noch viel weniger mit einer Krankheit, die das eigene Leben dauerhaft verändert. Gerade die Diagnose einer chronischen Krankheit kann deshalb Ängste, Sorgen und Verunsicherung auslösen. Hilfe und Unterstützung durch Angehörige, Freunde, Kollegen und natürlich auch durch professionelle Helferinnen und Helfer sind in dieser Situation besonders wichtig. Der „Wegweiser für Menschen mit chronischen Krankheiten“ der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) soll Orientierung geben bei der Suche nach Einrichtungen und Angeboten in Hamburg, die Hilfe bieten und das Leben mit einer chronischen Krankheit erleichtern.

Die Broschüre ist ab sofort in verschiedenen städtischen Einrichtungen wie auch in den Bezirksämtern verfügbar. Sie enthält u.a. Ansprechpartner zu:

- Medizinischer Versorgung (stationäre und ambulante Behandlung),
- Psychosozialen Hilfen (Beratung und Selbsthilfe),
- Pflege und Palliativversorgung,
- Hilfen für Schwerbehinderte oder
- Rechtlicher Vorsorge.

Die Broschüre steht unter <http://www.hamburg.de/gesundheitsfoerderung> im Internet zur Verfügung oder ist gegen Portokosten zu bestellen in der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz unter der Telefonnummer 040/ 428 37-19 99 oder per E-Mail unter [gesundheitslotsen@bsg.hamburg.de](mailto:gesundheitslotsen@bsg.hamburg.de).

#### **Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Rico Schmidt  
Tel.: 42863-34 78, Fax: 42863-38 49  
E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg)

16. März 2010/bsg16

## Ist Hamburg Ihr „Heimathafen“?

### Sozialbehörde startet Online-Umfrage für neues Leitprojekt

Was verbinden Sie mit dem Begriff Heimat? Was kann und muss die Stadt tun, damit sie für ihre Bewohner Heimathafen bleibt beziehungsweise wird? Das sind die zentralen Fragen, die die Hamburger Sozialbehörde ab heute den rund 1,8 Millionen Einwohnern der Hansestadt stellt. Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich unter [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg) an einer Umfrage zu beteiligen und damit aktiv die Entwicklung des neuen Leitprojektes „Hamburg: Heimathafen“ mitzugestalten.

Hamburg – das ist für Spaziergänger Alster und Elbe, für Frühaufsteher der Fischmarkt, für Sportfans HSV und St. Pauli sowie für Architekturliebhaber Rotklinker und die HafenCity. „Hamburg – das sind für mich aber in erster Linie die Menschen, die hier leben. Ihre Vielfalt, Weltoffenheit und ihr Engagement machen die Stadt zu dem, was sie ist: ein lebenswertes und attraktives Zuhause für Jung und Alt, hier Geborene und Zugewanderte, Singles, Familien oder auch Menschen mit Behinderung. Das Zusammenleben in Hamburg noch lebenswerter zu gestalten, das ist Ziel des Leitprojektes Hamburg: Heimathafen“, so **Sozialsenator Dietrich Wersich**. „Mit den gestarteten Umfragen wollen wir erfahren, wie die Menschen ihr soziales Miteinander in Zukunft gestalten wollen. Eine spannende Frage, die hoffentlich möglichst viele Teilnehmer der Umfragen beantworten.“

Neben der Online-Umfrage wird parallel eine telefonische Befragung durchgeführt. Die anonymen Umfragen sollen Erwartungen, Wünsche und Anregungen der Bevölkerung an Hamburg als „Heimathafen“ sichtbar machen. Zudem werden Vertreter einzelner Bevölkerungsgruppen und in Hamburg ansässiger Organisationen zu Diskussionsgruppen zum Leitprojekt eingeladen. Die Ergebnisse des laufenden Beteiligungsverfahrens werden in ein Grundsatzkonzept zum Leitprojekt einfließen. Nach einem zweiten Beteiligungsverfahren mit Non-Profit-Organisationen und Wirtschaftsvertretern will der Senat zum Leitprojekt „Hamburg: Heimathafen“ weitere konkrete Maßnahmen beschließen.

Das Leitprojekt „Hamburg: Heimathafen“ ist eines von fünf Leitprojekten, die der Senat im Zusammenhang mit seinem neuen **Leitbild „Wachsen mit Weitsicht“** gestartet hat. Ziel des Leitbildes ist es, die Talente in der Stadt zu fördern, Nachhaltigkeit zu sichern und Hamburg als sicheres, lebenswertes und attraktives Zuhause für alle Bewohner weiterzuentwickeln. Zur Umsetzung dieser Ziele wurden die Leitprojekte benannt. „Hamburg:

Heimathafen“ steht für den sozialen Zusammenhalt und soll Hamburg als Metropole der Verantwortungsbereitschaft sichtbarer machen. Es gibt bereits zahlreiche öffentliche und private Projekte, in denen sich Menschen anderer Menschen in Hamburg annehmen, vielfältige Unterstützung und Möglichkeiten des Engagements für andere anbieten.

„Wir wollen das gesellschaftliche Miteinander stärken, Hamburg für alle Lebenslagen und Lebensphasen und für die Vielfalt seiner Menschen attraktiv machen. Mit Hilfe des Leitprojektes sollen weitere Maßnahmen entwickelt werden, die das Zusammenleben in Hamburg noch verbessern“, so Senator Wersich. „Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, den Herausforderungen von Integration und Teilhabe sowie des ständigen gesellschaftlichen Wertewandels ist es wichtig, dass sich möglichst viele Hamburgerinnen und Hamburger persönlich einbringen, um gemeinsam innovative Lösungsansätze zu finden. Daher ist die Stärkung der Zivilgesellschaft in Zusammenarbeit von Bürgern, Staat und Wirtschaft ein zentrales Anliegen des Leitprojektes“, so Wersich abschließend.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

24. März 2010/bsg24

## **Besserer Schutz für Opfer interkultureller Familienkonflikte**

### **Maßnahmen wurden nach dem Mord an Morsal O. ausgebaut**

**Der Senat hat in seiner gestrigen Sitzung einen Bericht an die Bürgerschaft beschlossen, der die Maßnahmen und Verbesserungen darstellt, die nach dem von ihrem Bruder verübten Mord an Morsal O. im Bereich der Schutz- und Präventionsangebote bei interkulturellen Familienkonflikten ergriffen worden sind. „Gewalt in Familien ist bei weitem nicht nur ein Problem von Familien mit Migrationshintergrund“, so Sozial- und Familiensenator Dietrich Wersich. „Wenn aber Frauen und Mädchen Opfer innerfamiliärer Gewalt werden, weil ihre Lebensvorstellungen traditionellen Rollenmustern widersprechen, benötigen sie besondere Hilfsangebote.“**

Der Senat hat deshalb eine anonyme Schutzeinrichtung für akut gefährdete junge Mädchen und Frauen in interkulturellen Familienkonflikten eingerichtet. In ihr können bis zu sechs Betroffene bis zu acht Wochen begleitet leben und mit Unterstützung von Fachkräften Zukunftsperspektiven entwickeln. Ende November hat die Einrichtung ihren Betrieb aufgenommen.

Wer in Not ist, kann sich an die interkulturellen Beratungsstellen LALE oder i.bera wenden. Aber auch in Kindertagesstätten, Jugendhilfe, Schule und außerschulischen Bildungseinrichtungen werden künftig mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit spezifischen interkulturellen Familienkonflikten geschult sein.

Viele der von familiärer Gewalt bedrohten und betroffenen Mädchen und jungen Frauen haben gleichzeitig eine enge Bindung zu Familienangehörigen. Dadurch befinden sie sich selbst in einer akuten Bedrohungssituation im Zwiespalt zwischen der notwendigen Sicherheit und Hilfe und dem Wunsch nach Nähe und Unterstützung durch die Familie. Dies ist eine Herausforderung für die Helferinnen und Helfer.

Aber auch die Arbeit mit den männlichen Familienangehörigen hat eine zentrale Bedeutung. Dabei geht es vor allem darum, auszuloten, in wie weit diese bereit und in der Lage sind, die vorhandenen Familienkonflikte gewaltlos auszutragen und Freiheitsansprüche und Selbstbestimmung ihrer Töchter und Schwestern zu akzeptieren.

Um gewalttätige innerfamiliäre Konflikte möglichst zu vermeiden, werden besondere Anstrengungen in der Prävention unternommen: Hier soll generell auf die geschlechtsspezifischen Rollenmuster und Wertorientierungen eingewirkt werden, die nicht mit den Grund- und Freiheitsrechten aller Menschen in Einklang zu bringen sind.

Zudem soll die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertagesstätten, Jugendhilfe, Schule und außerschulische Bildung im interkulturellen Bereich und auch die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regeldienste weiter verbessert werden. Die Fachkräfte werden außerdem mit Handlungsempfehlungen unterstützt.

In Kindertagesstätten, Jugendhilfe, Schule und außerschulischer Bildung sollen Jungen mit Migrationshintergrund zudem mehr männliche Vorbilder finden, die ihnen gewaltfreie Konfliktlösung nahebringen. Unter anderem weist die Behörde für Schule und Berufsbildung seit mehreren Jahren besondere Plätze für Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund im Vorbereitungsdienst aus.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de) / Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

31. März 2010/bwf31

## **Erste gemeinsame Datenschutzbeauftragte im Hamburger Hochschulbereich berufen**

Die Universität Hamburg, die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, die Hochschule für bildende Künste Hamburg, die Hochschule für Musik und Theater Hamburg und die Hafencity Universität Hamburg haben beschlossen, eine gemeinsame behördliche Datenschutzbeauftragte einzusetzen. Als erste gemeinsame Datenschutzbeauftragte wurde die Direktorin der Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Frau Prof. Dr. Gabriele Beger, berufen. Frau Prof. Beger nimmt ihre Arbeit am 1. April 2010 auf. Ihre Aufgabe ist es, die Kooperationspartner in sämtlichen datenschutzrechtlichen Fragestellungen zu beraten und ihre Konzepte zu bewerten.

Lehre, Wissenschaft und Forschung kommen ohne netzbasierte Informations-Kommunikations- und Mediendienste nicht mehr aus. Sie bilden die Grundlagen für Wissensvermittlung, Kollaborationssysteme, Dokumentation und Publikation. Hochschulübergreifende Prozesse rücken dabei immer mehr in den Vordergrund. Die Integration von personenbezogenen Daten in diese Prozesse stellt neue und hohe Ansprüche an die Wahrung des Datenschutzes und die Datensicherheit. Mit der Einsetzung einer gemeinsamen Datenschutzbeauftragten entsprechen die Kooperationspartner diesen Herausforderungen. Grundlage ist das Hamburgische Datenschutzgesetz, das die Einsetzung eines Datenschutzbeauftragten empfiehlt. Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und die Technische Universität Hamburg-Harburg sehen eigene Datenschutzverantwortliche vor.

### **Kontakt:**

**Prof. Dr. Gabriele Beger**

**Gemeinsame behördliche Datenschutzbeauftragte**

**c/o Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky**

**Tel.: 040 42838-2211, E-Mail: [beger@sub.uni-hamburg.de](mailto:beger@sub.uni-hamburg.de)**

### **Für Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung,

Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

22. März 2010/bwa22

## Einigung auf Neuorganisation der Jobcenter

### Gute Chancen für Hamburg, Betreuung der Langzeitarbeitslosen in eigener Regie zu übernehmen

In der Nacht zum Samstag einigte sich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe von Union, FDP und SPD auf eine Neuorganisation der Jobcenter. Im Ergebnis bestehen für die Freie und Hansestadt Hamburg gute Chancen, als sogenannte „Optionskommune“ künftig die Betreuung von Langzeitarbeitslosen in eigener Regie zu übernehmen. Dazu bedarf es in dieser Woche noch der Zustimmung der Fraktionsvorstände der Bundestagsfraktionen sowie der Ministerpräsidentenkonferenz. Hamburg begrüßt diese Ausweitung des Optionsmodells und prüft die sich aus dieser Möglichkeit ergebenden Vorteile zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen. Positiv ist auch die verfassungsrechtliche Absicherung der ARGE; mit dem weiterentwickelten Jobcenter stehen nun für Hamburg zwei attraktive Modelle zur Verfügung.

**Wirtschaftssenator Axel Gedaschko:** „Oberstes Kriterium wird weiterhin die gute Betreuung von Langzeitarbeitslosen bleiben. Persönlich präferiere ich die Optionslösung, wobei der Senat alle Chancen und Risiken sorgfältig abwägen wird.“

Nachdem auf Bundesebene bislang Unklarheit darüber herrschte, ob und wie die Optionskommunen, in denen die Städte und Gemeinden die staatliche Hilfe für Langzeitarbeitslose in Eigenregie ausführen, organisiert werden sollten, hat die Einigung des vergangenen Wochenendes auch für Hamburg grundsätzlich die Möglichkeit eröffnet, selbst eine von bundesweit dann 110 Optionskommunen zu werden. Damit konnte die bis zuletzt drohende getrennte Aufgabenwahrnehmung, die mehr Befugnisse in die Hände des Bundes gegeben hätte, auch durch den Einsatz Hamburgs abgewendet werden. Für Optionskommunen ist es möglich, die Betreuung und Integration von Arbeitslosen noch näher auf die Bedürfnisse des regionalen Arbeitsmarktes auszurichten.

Auch Bestrebungen des Bundes, mehr Aufsichtsbefugnisse über die Optionskommune zu erhalten, konnten abgewehrt werden. Optierende Kommunen sollen künftig über Zielvereinbarungen gesteuert werden, wobei die Aufsicht darüber den Ländern erhalten bleibt. Außerdem kann der Bund nicht einseitig festlegen, welche Daten aus den Optionskommunen an den Bund weitergegeben werden müssen, um dort in die bundesweite

Arbeitslosenstatik einzufließen. Dies bedarf der Zustimmung des Bundesrates. „Es ist gut, dass im Grundsatz über die Optionskommunen Einvernehmen besteht, der Bund darf nun bei den Detailregelungen aber nicht zusätzliche Verfahrenshürden für Städte wie Hamburg aufbauen“, so **Wirtschaftssenator Axel Gedaschko**.

Hamburg hat sich bereits in der Vergangenheit im Gegensatz zu anderen Bundesländern mit einem erheblichen Einsatz an eigenen Mitteln in ergänzenden arbeitsmarktpolitischen Programmen engagiert. Jetzt ist es vorrangiges Ziel des Senats, dieses zusätzliche Engagement auch institutionell abzusichern. Dazu prüft die Freie und Hansestadt Hamburg die verbleibenden zwei Alternativen zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen, die Fortführung der ARGE sowie die Einführung der Optionskommune, anhand grundsätzlich notwendiger Kriterien:

So steht zu prüfen, welches Modell der Organisation größtmögliche Bürgerfreundlichkeit garantiert. Außerdem muss der erhoffte Zugewinn an Steuerungsmöglichkeiten für die aktive Arbeitsmarktpolitik sowie die Übergangsgerechtigkeit in der Umorganisationsphase für Kunden und Personal sichergestellt werden können. Zusätzlich ist es ein Anliegen des Senates auch für die Zukunft bei der Betreuung der Langzeitarbeitslosen Haushaltsneutralität zu gewährleisten.

#### **Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: [pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)



25. März 2010/bwa25

## **General Electric (GE) siedelt neues Technologiezentrum in Hamburg an**

**Schaffung von etwa 60 hochqualifizierten Arbeitsplätzen im Bereich offshore-Windkraftanlagen. Stärkung des Innovations- und Technologiestandortes.**

General Electric (GE) wird in Hamburg sein neues Technologiezentrum für Offshore-Windkraftanlagen ansiedeln. Bis 2013 entstehen damit vor Ort ca. 60 hochwertige Arbeitsplätze. GE will Hamburg als wichtigen Standort für erneuerbare Energien profilieren und etablieren. Ausschlaggebend dafür war unter anderem die Verleihung des Titels Umwelthauptstadt Europas 2011 durch die EU-Kommission und der Aufbau des Clusters erneuerbare Energien. Mit der Verleihung des Titels Umwelthauptstadt Europas 2011 hat sich Hamburg in besonderer Weise als Standort für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und die Verknüpfung von wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz ausgezeichnet.

**Wirtschaftssenator Axel Gedaschko:** „Ich freue mich sehr, dass GE ein großes Technologiezentrum mit etwa 60 hochqualifizierten Mitarbeitern zur Unterstützung seiner weitreichenden Pläne im Offshore-Wind-Bereich in Hamburg ansiedeln wird. Damit erweitert GE seine schon bestehenden Aktivitäten in Hamburg in beträchtlichem Maße und stärkt Hamburg als wichtigen Standort für Erneuerbare Energien in Europa. Wir sehen damit unsere wirtschaftspolitische Strategie bestätigt, die auf Forschung und Entwicklung setzt und Ökologie und Ökonomie verbindet, und betrachten diese Ansiedlung als weiteren Schritt auf dem Weg zum European Green Capital im Jahre 2011.“

**Georg Knoth, CEO GE Central Europe:** “Die Ansiedlung unseres neuen Technologiezentrums für den Offshore-Windbereich in Hamburg ist ein erneuter Beleg unseres Engagements am Umwelt- und Hochtechnologiestandort Deutschland. Offshore wird eine immer bedeutendere Rolle bei der zunehmenden Nutzung alternativer Energiequellen spielen. Hamburg bietet mit seinen verstärkten Aktivitäten im Bereich Erneuerbare Energien als EU Klimahauptstadt 2011, seiner umfassenden Strategie im Offshore Wind-Bereich und seinem hervorragenden Innovations- und Hochschulnetzwerk die perfekten Rahmenbedingungen.“

**Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-3015

Email: [pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

23. März 2010/bwa-bwf23

## **Schulterchluss von Wirtschaft und Wissenschaft in Hamburg**

### **InnovationsAllianz unterzeichnet Strategische Leitlinien zur Stärkung von Innovationsfähigkeit und Technologietransfer**

Die InnovationsAllianz Hamburg hat einen Meilenstein erreicht. Heute haben Vertreter der Hamburger Wirtschaft, der Hamburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen und des Senats im Beisein des Ersten Bürgermeisters die Strategischen Leitlinien der Allianz unterzeichnet.

Die Strategischen Leitlinien sind das Ergebnis einer intensiven Diskussion in Arbeitsgruppen und Expertengesprächen, an denen mehr als 160 Akteure aus Hamburger Wirtschaft und Wissenschaft mitgewirkt haben. Eingeflossen sind aber auch die Ergebnisse einer online-Befragung, an der sich weit über 1.000 Akteure aus allen genannten Bereichen beteiligt haben.

Die Leitlinien bilden die Grundlage, um die Innovationstätigkeit und den Wissenstransfer zu verbessern, das Hamburger Innovations-Fördersystem effizienter auszugestalten sowie Hamburger Zukunftsfelder und Initiativen zu identifizieren. Sie sollen im besonders innovationsträchtigen Schnittbereich zwischen Wissenschaft und Wirtschaft für eine möglichst breite und tiefe Verflechtung der beiden Bereiche sorgen und ein optimales Zusammenwirken der Akteure ermöglichen.

Mit der Unterzeichnung der Leitlinien haben sich die Partner auf gemeinsam getragene innovations- und förderpolitische Ziele verständigt. An diesen sollen sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in der nächsten Phase des Projekts, bei der Entwicklung konkreter Maßnahmen, orientieren können.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Erfolgreicher Wissenstransfer schafft die Voraussetzungen für einen attraktiven Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort. Die InnovationsAllianz hat den dazu notwendigen ständigen, vielgestaltigen Kommunikationsprozess zwischen den Forschungseinrichtungen und den Unternehmen unserer Stadt in Gang gesetzt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Mit der

Unterzeichnung der Strategischen Leitlinien haben wir einen wichtigen Schritt getan. Nun gilt es, den Weg gemeinsam weiterzugehen und die Allianz mit konkreten Maßnahmen auszufüllen. Mit den Strategischen Leitlinien haben wir ambitionierte, aber erreichbare Ziele definiert.“

**Wirtschaftssenator Axel Gedaschko:** „Basis für ein gesundes Wachstum der Wirtschaft und Wissenschaft Hamburgs sind Innovationen und die daraus hervorgehende Schaffung von Arbeitsplätzen. Wirtschaft und Wissenschaft müssen stärker kooperieren und mehr Innovationen generieren/produzieren. Unser Ziel ist klar – jetzt müssen wir uns auf den Weg machen, die wesentlichen Rahmenbedingungen für eine Innovationshauptstadt für Europa umzusetzen.“

### **Wesentlicher Inhalt der Strategischen Leitlinien**

Im Bereich des Wissenstransfers und der Innovationstätigkeit sollen effiziente und transparente Austauschprozesse und dadurch ein innovationsförderndes Klima geschaffen werden. Ebenso sollen Angebot und Nachfrage in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Weiterbildung und Lehre systematischer zusammen geführt werden. Dabei rücken insgesamt mehr als bisher Kleine und Mittlere Unternehmen in den Fokus, deren Transferpotenzial bisher unzureichend ausgeschöpft ist. Hinzu kommt der Ausbau einer innovationsfördernden Infrastruktur, d.h. die Förderung der Ansiedlung anwendungsorientierter Forschungsinstitute, themenbezogener Inkubationszentren mit Campuscharakter sowie Gründungszentren in Hochschulnähe.

Hamburgs gewachsene Förderlandschaft soll zu einem klar strukturierten, effizienten Fördersystem weiterentwickelt werden, um künftig Doppelförderungen, Unübersichtlichkeit von Fördermitteln, -anträgen, -bedingungen und Ansprechpartnern zu vermeiden. Insbesondere Existenzgründer und junge Unternehmen aus innovativen Bereichen mit einer starken wissenschaftlichen Komponente sollen so dazu beitragen, die hamburgische Wirtschaftsstruktur zu bereichern.

**Die Strategischen Leitlinien berücksichtigen** Bereiche, die hinsichtlich der globalen Megatrends von Marktbedeutung sind und in denen es in Hamburg bereits

Innovationspotenzial bzw. zukunftsweisende Alleinstellungsmerkmale gibt. Mittels einer Onlinebefragung wurden folgende „Hamburger Zukunftsfelder“ identifiziert:

- Mobilität, Verkehr und Logistik
- Materialien, Systeme, Prozesse und Verfahren
- Energie, Klima, Umweltschutz und Meerestechnik
- Information und Kommunikation
- Gesundheit, angewandte Lebenswissenschaften und Ernährung
- Internationaler Handel und länderübergreifende Kooperation
- Finanzen, Versicherung und Recht
- Kreativität, Bildung und Qualifizierung

Diese Zukunftsfelder sollen durch strategische Initiativen, wie z.B. die Weiterentwicklung der Hamburger Cluster, gestärkt werden.

### **Erste konkrete Maßnahmen**

Neben der Verständigung auf gemeinsame Ziele ist auch ein Konsens über Maßnahmen und Instrumente sehr wichtig, damit die Ziele erreicht werden können. Die Strategischen Leitlinien sind deshalb schon mit Blick auf konkrete, während des Entstehungsprozesses bereits diskutierte Maßnahmenvorschläge entwickelt worden.

So soll ein zentrales Web-Informations-Leitsystem künftig die Fülle an innovationsrelevanten Informationen transparent und bedarfsgerecht bündeln, nutzerfreundlich zugänglich machen und zudem als Vermarktungsinstrument für den Innovationsstandort Hamburg eingesetzt werden. Ein auf zwei Säulen basierendes Innovations-Kontakt-System mit je einem Anlaufpunkt für die Wirtschaft und die Wissenschaft könnte insbesondere Akteuren, die noch nicht in bestehende Transferstrukturen eingebunden sind, den Zugang erleichtern.

Für Gründer innovativer Unternehmen ist zudem ein modulares und flexibel nutzbares Förderprogramm geplant, welches individuell und bedarfsgerecht von der Unterstützung des Lebensunterhalts über Beratungszuschüsse, Finanzierung von Machbarkeitsstudien und Prototypenentwicklung bis hin zur Umsetzung technologischer Innovationen in Anspruch genommen werden kann.

Kapitalintensiven Gründungen soll es darüber hinaus möglich sein, Anschlussfinanzierungen über den Beteiligungsfonds für junge innovative Unternehmen in Hamburg in Höhe von bis zu einer Million Euro je Beteiligung zu erhalten.

Die InnovationsAllianz Hamburg wurde im November 2009 ins Leben gerufen. Sie ist eine von Hamburger Politik, Wirtschaft und Wissenschaftseinrichtungen gemeinsam ergriffene Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, eine ganzheitliche und durch alle maßgeblichen Akteure mitgetragene Innovationsstrategie zu erarbeiten und umzusetzen.

**Für Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung,  
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit,  
Tel.: 040 42841-1627, E-Mail: [pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

19. März 2010/jb19

## Täterorientierte Prävention: Frühzeitiges und koordiniertes Eingreifen ist der beste Schutz vor Straftaten

Die „Täterorientierte Prävention“ (T.O.P.) bündelt Maßnahmen zu einem systematischen Konzept, um Rückfälle besonders gefährlicher Sexual- und Gewaltstraftäter zu vermeiden und weitere Straftaten zu verhindern. Ziel ist es, durch ein eng abgestimmtes Vorgehen von Justiz, Polizei, Führungsaufsichtsstelle und Bewährungshilfe den Informationsfluss zu verbessern, Zeichen für einen Rückfall frühzeitig zu erkennen, gemeinsam Strategien zur Intervention vorzubereiten und rechtzeitig Maßnahmen zu koordinieren.

Dazu **Justizsenator Dr. Till Steffen**: „Die staatliche Verantwortung endet nicht mit dem Ablauf der Haftstrafe. Mit T.O.P. wollen wir die Kräfte bündeln und noch besser vernetzen, um nach der Entlassung aus dem Strafvollzug neue weitere Straftaten zu verhindern.“

**Innensenator Christoph Ahlhaus**: „Die Behörde für Inneres begrüßt das Konzept und wird die Justizbehörde bei der Umsetzung unterstützen. Die intensive Zusammenarbeit beider Behörden sehe ich positiv. Mit den individuell auf die Täter zugeschnittenen Maßnahmen zeigen die Strafverfolgungsbehörden gefährlichen Sexual- und Gewalttätern sehr deutlich, dass der Staat auch nach der Entlassung aus der Haft ein Auge auf sie hat.“

Bereits vor einer bevorstehenden Entlassung soll noch im Strafvollzug eine Risikoeinschätzung erstellt werden. In einer Fallkonferenz besprechen die Beteiligten Vorschläge für gerichtliche Weisungen an den Betroffenen und schlagen diese dem Gericht vor. Nach der Entlassung wird der Täter engmaschig betreut und überwacht. Anzeichen für einen Rückfall werden zwischen den zuständigen Stellen ausgetauscht, um rasch einzugreifen, bevor eine Straftat begangen wird. Erfasst werden Sexual- und Gewaltstraftäter, die eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren vollständig verbüßen. Neben der Haftdauer muss eine ungünstige Risikoprognose für die jeweiligen Täter vorliegen, bevor sie als Risikogewalttäter eingestuft werden und die taterorientierte Prävention greifen kann.

### Kontakt:

#### **Justizbehörde, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Pia Kohorst, Tel. 040 42843 3143,

Mobil: 0172 4327953, E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

und

#### **Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Thomas Butter und Frank Reschreiter, Tel. 0 40 – 42839-2670 u. -2673,

E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde/](http://www.hamburg.de/innenbehoerde/)

## **Landgericht Hamburg verurteilt Rap-Musiker „Bushido“ wegen Urheberrechtsverletzung**

### **Rap-Musiker ist wegen unerlaubter Nutzung von Tonaufnahmen der Musikgruppe „Dark Sanctuary“ schadensersatzpflichtig**

23. März 2010

Das Landgericht Hamburg hat heute in zwei Zivilverfahren Urteile verkündet, die Plagiatsvorwürfe gegen den Rapper „Bushido“ zum Gegenstand haben.

Die Mitglieder der französischen Musikgruppe „Dark Sanctuary“ machen als Kläger geltend, „Bushido“ habe die Aufnahmen von ihnen geschaffener Musikwerke in urheberrechtsverletzender Weise in eigene Musikproduktionen übernommen. Insgesamt geht es um 28 Tonfolgen aus 4 Alben der Kläger aus den Jahren 1999 bis 2004, die leicht verändert in 16 Bushido-Titeln als sich ständig wiederholende Tonschleifen („Loops“) eingearbeitet worden sein sollen.

In dem vor der Zivilkammer 8 geführten Rechtsstreit (308 O 175/08) ist neben Bushido auch sein Verlag verklagt worden. Dabei geht es im Schwerpunkt um Komponistenrechte. Der Klage wurde überwiegend stattgegeben. Im Urteil sind rechtswidrige Übernahmen von urheberrechtlich geschützten Tonfolgen in 13 Bushido-Titeln festgestellt worden, deren weitere Auswertung verboten wurde. Bezüglich der weitergehend geltend gemachten Übernahmen wurde die Klage abgewiesen, weil die streitigen Tonfolgen nicht als urheberrechtlich geschützt angesehen wurden. Es wurde weiter festgestellt, dass für die bisherige Auswertung der Tonfolgen materieller Schadensersatz zu zahlen und zur Ermittlung des Schadensersatzes Auskunft über den Umfang der Auswertung zu erteilen ist. Es wurden Anordnungen getroffen, dass die jeweiligen Kläger, die das Original komponiert haben, an der Stelle von Bushido und seinem Verlag bei der GEMA als Komponisten eingetragen werden und ihnen die GEMA-Ausschüttungen zustehen. Bushido wurde verurteilt, insgesamt € 63.000,00 als sog. Billigkeitsentschädigung (immaterieller Schadensersatz) dafür zu zahlen, dass er Persönlichkeitsrechte der jeweiligen Kläger dadurch schwerwiegend verletzt hat, dass er deren Kompositionen auf Teile reduziert verwendete, mit seinen (umstrittenen) Texten verband und die Originalurheberschaft der Kläger unterschlug und sich selbst zu Unrecht als Musikurheber bezeichnete. Ein Klagantrag auf Billigkeitsentschädigung gegen den Verlag wurde abgewiesen, weil insoweit die dafür erforderliche schwerwiegende Rechtsverletzung nicht vorgelegen hat. Eine Klage auf



Zahlung von gut € 35.000 als Schadensersatz gegen den Verlag wurde abgewiesen, weil die Schadensberechnung nicht nachvollziehbar ist. Ein Klagantrag auf Zahlung vorgerichtlicher Anwaltskosten hatte nur teilweise Erfolg.

In dem vor der Zivilkammer 10 geführten Rechtsstreit (310 O 155/08) geht es um die in den übernommenen Aufnahmen enthaltenen Darbietungen der Kläger als ausübende Künstler und um die Tonträgerherstellerrechte. Hier sind von den Mitgliedern der Gruppe „Dark Sanctuary“ und dem Inhaber der Tonträgerherstellerrechte neben Bushido auch zwei Tonträgerhersteller und Vertriebsunternehmen verklagt worden. Auch dieser Klage wurde überwiegend stattgegeben. Im Urteil sind rechtswidrige Übernahmen aus insgesamt 16 verschiedenen Tonaufnahmen der Gruppe „Dark Sanctuary“ in 16 Bushido-Titeln festgestellt worden. Die weitere Auswertung der insgesamt 11 Tonträger (Alben, Single-CDs und Sampler), auf denen diese Titel enthalten sind, wurde verboten. Lediglich hinsichtlich eines der in Anspruch genommenen Unternehmen wurde die Klage insoweit teilweise abgewiesen, weil eine Verantwortlichkeit nicht festzustellen war. Daneben wurden die Unternehmen jeweils zur Erteilung von Auskünften über den Umfang der erfolgten Auswertung der Tonträger verurteilt. Es wurde weiter festgestellt, dass für die Auswertung der Tonaufnahmen materieller Schadensersatz zu leisten ist. Daneben wurde festgestellt, dass Bushido verpflichtet ist, an die hauptsächlich betroffenen Mitglieder der Gruppe „Dark Sanctuary“ zum Ausgleich des diesen Klägern durch die unautorisierte Nutzung ihrer jeweiligen Tonaufnahmen entstandenen immateriellen Schadens im Rahmen einer sog. Billigkeitsentschädigung jeweils Ersatz zu leisten. Die Kammer hat insoweit angenommen, dass Bushido die Persönlichkeitsrechte dieser Kläger dadurch schwerwiegend verletzt hat, dass er die Künstler in Bezug auf ihre Darbietungen nicht genannt und diese Darbietungen stattdessen auf Teile reduziert sowie mit seinen (umstrittenen) Texten verbunden hat. Die Klaganträge auf Billigkeitsentschädigung gegen die Tonträgerhersteller und Vertriebsunternehmen wurden jeweils abgewiesen, weil insoweit die dafür erforderliche schwerwiegende Rechtsverletzung nicht vorgelegen hat. Daneben wurde den Klaganträgen auf Rückruf der Tonträger und Vernichtung weitgehend stattgegeben. Ein Klagantrag auf Zahlung vorgerichtlicher Anwaltskosten hatte nur teilweise Erfolg.

***Rückfragen:***

*Dr. Conrad Müller-Horn*

*Tel.: 040/42843-2017/Fax: 040:42843-4183*

*E-Mail: [Pressestelle@olg.justiz.hamburg.de](mailto:Pressestelle@olg.justiz.hamburg.de)*

## **Pressemitteilung Nr. 3/10 vom 30. März 2010**

### **Keine Vollstreckung österreichischer Geldbußen, wenn der Halter des Kraftfahrzeuges den Fahrer nicht benennt**

Der 1. Senat des Finanzgerichts Hamburg hat in einem vorläufigen Rechtsschutzverfahren (1 V 289/09) entschieden, dass eine Vollstreckung österreichischer Geldbußen wegen Nichtbenennung des Fahrers in der Bundesrepublik Deutschland unzulässig ist.

Zum Sachverhalt: Im Jahre 2007 wurde das auf den Antragsteller zugelassene Kraftfahrzeug in einer gebührenpflichtigen Parkzone in Wien/Österreich mehrfach abgestellt. Da sich der Antragsteller gegenüber den österreichischen Behörden weigerte, Auskunft über die Person zu geben, an die er sein Fahrzeug überlassen hatte, erließ der Magistrat der Stadt Wien ein Straferkenntnis über eine Geldstrafe in Höhe von rund 350,- EUR; ein Straferkenntnis ist mit einem Bußgeldbescheid nach deutschem Recht vergleichbar. Der Antragsteller zahlte hierauf jedoch nicht. Deshalb ersuchte der Magistrat der Stadt Wien die Finanzbehörde Hamburg, im Wege der Amts- und Rechtshilfe das Straferkenntnis gegenüber dem Antragsteller zu vollstrecken.

Der Antragsteller wandte sich zunächst an das Verwaltungsgericht Hamburg, das sich allerdings für nicht zuständig hielt und den Rechtsstreit an das Finanzgericht Hamburg verwies. Dort fand der Antragsteller dann Gehör. Der 1. Senat des Finanzgerichts Hamburg führte in seinem Beschluss (1 V 289/09) aus, dass die Vollstreckung des österreichischen Straferkenntnisses in der Bundesrepublik Deutschland gegen wesentliche Rechtsgrundsätze der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland verstoße und deshalb unzulässig sei. Denn mit dem Straferkenntnis aus Österreich solle der Antragsteller allein dafür sanktioniert werden, dass er als Halter des Fahrzeuges keine Auskunft über Namen und Anschrift der Personen gegeben habe, denen er das Kraftfahrzeug zu bestimmten Zeitpunkten überlassen habe. Die Vollstreckung eines solchen Straferkenntnisses verstoße – so der 1. Senat des Finanzgerichts Hamburg – gegen das Verbot des Zwangs zur Selbstbezichtigung und gegen das Schweigerecht des Angeklagten.

Allerdings muss der Antragsteller noch ein wenig zittern. Denn der 1. Senat hat die Beschwerde an den Bundesfinanzhof zugelassen. Erst dessen Entscheidung wird endgültig Klarheit darüber geben, ob eine Vollstreckung zulässig ist.

**Für Rückfragen:**

Christoph Schoenfeld

Präsidialrichter und Pressesprecher des Finanzgerichts Hamburg

Tel.: 040 - 42843 7749 oder 7726

Fax: 040 - 42843 7777

*Das Finanzgericht Hamburg ist als Oberes Landesgericht zuständig für Steuer-, Zoll-, Kindergeld- und Europäisches Marktordnungsrecht. In Zoll- und Marktordnungsverfahren besteht eine gemeinsame Zuständigkeit auch für die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Sechs Senate mit z. Z. 21 Richterinnen und Richtern entscheiden über rund 1.800 Verfahren im Jahr.*

## Terminkalender

Vom 5. April bis 11. April 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

### Montag, den 05.04.2010

- 13:00** Trabrennbahn Bahrenfeld, Luruper Chaussee 30  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht ein Grußwort zur **Eröffnung der modernisierten Tribüne der Trabrennbahn Bahrenfeld.**
- 20:00** Laeishalle, Johannes-Brahms-Platz  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein **Grußwort anlässlich des Abschlusskonzertes der „Hamburger Ostertöne 2010“.**

### Dienstag, den 06.04.2010

- 11:30** Rathaus  
Senator Dietrich Wersich überreicht das **Bundesverdienstkreuz am Bande an Frau Erika Hartkopf.** Frau Hartkopf hat sich im Aufbau der Norddeutschen ILCO zur Unterstützung von Menschen mit künstlichem Darmausgang und in der Vorsorgekampagne „Hamburg gegen den Darmkrebs“ außerordentlich verdient gemacht.
- 12:00** Bürgermeisteramtszimmer  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den Botschafter der Republik Österreich, **Dr. Ralph Scheide**, und den Generalkonsul, **Leopold Köllner**, zum Gespräch.
- 18:00** Bezirksamt Altona, Platz der Republik 1  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Frühlingsempfangs des Bezirksamtes Altona.**  
  
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nimmt teil.
- 18:30** Au Quai, Große Elbstraße 145  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht ein Grußwort anlässlich des **Empfangs für das U-20 Länderspiels Deutschland gegen Italien.**
- 19:30** Grundschule Heidhorst, Heidhorst 16, 21031 Hamburg  
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an einer **Informationsveranstaltung zum Thema Primarschule.**

### Mittwoch, den 07.04.2010

- 12:00** Behörde für Kultur, Sport und Medien, Hohe Bleichen 22  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck überreicht die **Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Frau Birgit Debet-Fricke.**
- 12:00** Berta-Kröger-Platz  
Senator Dietrich Wersich besucht im Rahmen der Veranstaltungen zum

**Welt-Gesundheits-Tag die Mitmach-Aktion der Hamburgischen  
Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung zum Thema:  
"Nachbarschaft fördert Gesundheit".**

- 14:00** Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg, Berliner Tor 5 - 7  
Senator Dietrich Wersich eröffnet die **Fachtagung „Nachbarschaften  
fördern für eine gesunde Stadt“** der Behörde für Soziales, Familie,  
Gesundheit und Verbraucherschutz und der Hamburgischen  
Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung mit einem Grußwort.
- 18:00** Millerntor Stadion,  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger besucht **das U-20 Länderspiel Deutschland  
gegen Italien.**
- 19:30** Berlin, Botschaft der Schweiz, Otto-von-Bismarck-Allee 4  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf Einladung des Botschafters  
der Schweizerischen Eidgenossenschaft, **Dr. Christian Blickenstorfer**, teil  
am Abendessen zu Ehren der Bevollmächtigten der Bundesländer beim  
Bund.
- 20:00** Hamburger Kammerspiele, Hartungstraße  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die Theatervorstellung  
**„Frost/Nixon“.**

**Donnerstag, den 08.04.2010**

- 10:00** Hamburg Media School, Finkenau 35  
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an einer **Podiumsdiskussion im  
Rahmen des Medienkompetenztages auf dem Mediacampus Finkenau.**
- 10:00** Berlin, Landesvertretung  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den Botschafter von Island,  
**Gunnar Snorri Gunnarsson**, zum Antrittsbesuch.
- 10:00-16:00** Kunst- und Mediacampus Finkenau, Finkenau 35  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt am **Medienkompetenztag der  
Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein** teil.
- 11:15** Fleischgroßmarkt, Lagerstraße  
Bürgermeister Ole von Beust **spricht vor Unternehmern des  
Mittelstandes.**
- 12:00** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1, Albert-Schäfer-Saal  
Senator Dietrich Wersich verleiht den „Hamburger Gesundheitspreis für  
Betriebe, Wirtschaft und Verwaltung 2009“ an die Preisträger.
- 15:00** Berlin, Botschaft des Königreichs der Niederlande, Klosterstr. 50  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den Botschafter des Königreichs  
der Niederlande, **Marnix Krop**, zum Gespräch.

**Freitag, den 09.04.2010**

- 10:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den neuen Generalkonsul  
des Königreichs Spanien, **Joaquín Antonio Pérez-Villanueva y Tovar**, zum

Antrittsbesuch.

- 10:00** Friedrich Karl Schroeder GmbH & Co. KG, Schwarzer Weg 8  
Senator Dietrich Wersich hält ein Grußwort aus Anlass der Verleihung **des Hamburger Familiensiegels an die Friedrich Karl Schroeder GmbH & Co. KG als 100. durch die Hamburger Allianz für Familien ausgezeichnetes Unternehmen.**
- 11:00** Laube, Rathaus  
Bürgermeister Ole von Beust überreicht die Medaille für treue Arbeit, an **Frau Waltraut Rubien.**
- 12:00** Bethesdastraße 40  
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert hält ein Grußwort zur **Eröffnungsfeier der Kita Bethesdastraße der Pestalozzi Stiftung.**
- 16:00** Kaisersaal, Rathaus  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich eines **Senatsempfanges zum 50-jährigen Bestehen der Opernstiftung.**  
  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.
- 19:00** Color Line Arena, Sylvester Allee 10  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt teil am **Senatsempfang anlässlich der Endrunde um den Pokal des Deutschen Handball-Bundes.**

**Samstag, den 10.04.2010**

- 15:00** Hauptkirche St. Michaelis, Englische Planke 1  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **18. Kinderchor-Festival „Kinder singen für Kinder“.**
- 15:30** Rathaus  
Senator Dietrich Wersich eröffnet das **International Board-Meeting der Lions-Clubs-International in Hamburg** mit einem Grußwort.
- 18:00** Hamburgische Staatsoper, Große Theaterstr. 25  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Jubiläumsgala „50 Jahre Stiftung zur Förderung der Hamburgischen Staatsoper“.**

**Sonntag, den 11.04.2010**

- 17:00** Kulturwissenschaftliche Bibliothek Warburg, Heilwigstraße 116  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich der Eröffnung der Achten Carlebach-Konferenz mit dem Thema „Becoming Visible. Jüdisches Leben in Deutschland seit 1990.“**